

# Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

## Neue Konjunkturzahlen: Wirtschaft steckt trotz Erholungstendenz weiter in der Krise

Nach den katastrophalen Rezessionsjahren 1998 und 1999 scheint sich gegenwärtig die Lage für die pakistanische Wirtschaft etwas aufzuhellen. Dies geht zumindest aus einem soeben von der pakistanischen Regierung veröffentlichten Abschlußbericht zum Ende Juni abgelaufenen Haushaltsjahr 1999-2000 mit aktuellen Konjunkturdaten hervor.

Demnach wuchs das Bruttoinlandsprodukt im Berichtszeitraum um 4,5 Prozent - angestrebt hatte man allerdings fünf Prozent - gegenüber 3,1 Prozent im Jahr zuvor. Erstmals seit mehreren Jahren liegt damit dieser Konjunkturindikator wieder nennenswert über der Bevölkerungswachstumsrate von etwa drei Prozent. Begünstigt wurde das beschleunigte Wirtschaftswachstum vor allem durch Rekordernten von Weizen, Baumwolle und Reis in der Landwirtschaft, wie der vorgelegten Statistik zu entnehmen ist. Denn allein der Agrarsektor legte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um beachtliche 5,5 Prozent zu.

Als Sorgenkind präsentierte sich dagegen die Industrieproduktion, die mit einem mageren Wachstum in Höhe von 1,6 Prozent auf weiterhin niedrigem Niveau nahezu stagnierte. Das schwache Ergebnis erklären die Autoren des Wirtschaftsberichts mit dem Hinweis auf die unter einer Mißernte des Rohstoffs Zuckerrohr leidenden Zuckerindustrie, deren Produktion daraufhin gegenüber dem Vorjahr um rund ein Viertel einbrach.

Positive Trends melden die Statistiker von der Inflationsfront. So verlangsamte sich der Preisauftrieb im Konsumbereich von 5,1 Prozent im Jahr 1999 auf aktuell 3,6 Prozent. Auch hier machten sich die überwiegend guten Ernteerträge in der Landwirtschaft bemerkbar: Denn die Preise für Lebensmittel verteuerten sich zuletzt gegenüber dem Vorjahr lediglich um zwei Prozent, die niedrigste Rate seit mehr als 20 Jahren. Zum Vergleich: 1998-1999 kletterten die Nahrungsmittelpreise noch um saftige 6,2 Prozent. Mit Blick auf die Zukunft sind Analysten allerdings skeptisch, ob sich der Sinkflug der Inflation fortsetzt. Mit Hinweis auf die in diesem Jahr kontinuierlich an-

gestiegenen Ölpreise in Kombination mit dem ebenso stetigen Wertverlust der Rupie gegenüber dem Dollar rechnen die Experten ganz im Gegenteil eher mit einem erneuten Inflationsschub für die pakistanische Volkswirtschaft. Nur wenn die Militärregierung auch weiterhin trotz chronisch knapper Kassen auf den verführerischen "Griff nach der Notenpresse" verzichtet, könnte sich der erwartete Preisauftrieb noch in moderaten Grenzen halten lassen. Bislang jedenfalls ernten die Währungshüter in Uniform für ihre Geldpolitik von unabhängigen Wirtschaftsfachleuten viel Lob, denn die Geldmenge legte nach den jüngsten Berechnungen lediglich um bescheidene 3,2 Prozent zu. Für das Haushaltsjahr 2000-2001 wird nun von der Regierung ein ähnliches Geldmengenwachstum angestrebt, heißt es im Jahreswirtschaftsbericht in einem Kapitel zu den weiteren Aussichten und Zielen.

Weniger Freude dürfte den Verantwortlichen dagegen der Blick auf die krass negative Zahlungsbilanz bereiten: Denn das pakistanische Handelsdefizit erreichte in diesem Jahr ein Rekordvolumen von 1,7 Milliarden Dollar, mehr als doppelt so viel wie das von der Regierung vor Jahresfrist gesteckte Ziel in Höhe von 800 Millionen Dollar. Noch düsterer fallen die Prognosen für das laufende Jahr aus, da Experten aufgrund der gestiegenen Ölpreise erwarten, daß sich allein Pakistans Rechnung für Ölimporte noch einmal verdoppeln dürfte.

Auch die drastisch gesunkenen Devisentransfers aus den Geberländern als Folge der Sanktionen wegen der pakistanischen Atomtests im Mai 1998 zeigte in diesem Zusammenhang Wirkung auf die Zahlungsbilanz und ließ als eine Folge die Devisenreserven bis an den Rand der Zahlungsunfähigkeit zusammenschmelzen: Magere 1,39 Milliarden Dollar brachte der Kassensturz im Juni 2000 zu Tage; gerade genug, um die Importe von knapp zwei Monaten bezahlen zu können. Mit entsprechendem Bangen starrt man deshalb auf den Internationalen Währungsfond. Denn die Dosierung der händeringend erwarteten IWF-Finanzspritzen entscheidet über Wohl und Wehe der weiteren Wirtschaftsentwicklung. Immerhin gibt es nach den jüngsten Verhandlungsrunden realistische Aussichten auf eine weitere Kredittranche in Höhe

von 588 Millionen Dollar.

Skeptiker fürchten allerdings die mit solchen Gaben verbundenen Bedingungen, die unter anderem auf drastisch höhere Steuereinnahmen sowie beschleunigte Rückzahlung von Auslandsschulden drängen dürften, und deren unangenehmen politischen und sozialen Nebenwirkungen. Vor allem sehen sie durch die Konditionalität der Kredite den finanziellen Spielraum der Regierung gefährdet, was nach Ansicht der meisten Beobachter zu Lasten eigentlich dringend benötigter Investitionen in die Infrastruktur des Landes und der Sozialausgaben gehen dürfte. Denn an das alternative Szenario einer deutlichen Kürzung des Militäraushalts glaubt angesichts der anhaltenden Spannungen mit Indien niemand.

Dabei bereitet insbesondere die deutlich sichtbare Verarmung weiter Teile der Bevölkerung in den letzten Jahren den Experten große Sorgen. Eine beinahe stagnierende Wirtschaft, das rasante Bevölkerungswachstum, das Fehlen sozialer Netze und die verkorkste Politik der diversen Regierungen in den neunziger Jahren haben ihre Spuren hinterlassen. Die in den Städten um sich greifende Kriminalität und die dramatisch ansteigenden Selbstmordzahlen gelten als augenfälligste Krisensymptome, die auf das Konto dieser Fehlentwicklungen gehen. Erschwerend kommt hinzu, daß inzwischen manche Bereiche der Infrastruktur öffentlicher Dienstleistungen unter der geballten Last der Probleme zusammenzubrechen drohen; namentlich das Gesundheitswesen steht nach Ansicht von Kennern kurz vor dem Kollaps.

## Kommunalwahlen im Dezember

Die Vorbereitungen auf die bereits im August von der Militärregierung angekündigten Kommunalwahlen am 31. Dezember diesen Jahres in zunächst 18 Distrikten des Landes laufen auf Hochtouren. Dies bestätigten Mitglieder der Militärregierung in den vergangenen Tagen und Wochen wiederholt gegenüber der Presse. Auch die Registrierung von Kandidaten und die Erstellung von Wählerregistern ist demnach in vollem Gange. General Musharraf äußerte sich am 10. Oktober zudem im Rahmen einer Pressekonferenz in Lahore zu den Details des von seiner Regierung anvisier-

ten Re-Demokratisierungsfahrplans. So sollen voraussichtlich im Frühjahr 2001 auch in den übrigen Distrikten Lokalwahlen stattfinden und damit die erste Phase des sogenannten "devolution plan" abschließen. Im Oktober 2002 werde es dann in einem zweiten Schritt Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Provinzparlamenten geben, kündigte der Diktator an. Damit käme das Militärregime einem entsprechenden Urteil des Supreme Court in Islamabad nach, das das höchste pakistanische Gericht am 12. Mai diesen Jahres in einem Prozeß um die Verfassungskonformität des Militärputsches vom Oktober letzten Jahres gefällt hatte. Die politischen Parteien dürfen sich jedoch kaum Hoffnung machen, an den geplanten Wahlen teilnehmen zu dürfen. Zumindest bei den jetzt anstehenden Kommunalwahlen gilt bereits ein entsprechendes Verbot. Politiker mit Parteibuch dürfen zwar kandidieren; aber ihre Parteizugehörigkeit wird auf den Wahlscheinen nicht erwähnt. So möchte man den als negativ angesehenen Einfluß der Parteien brechen und ehrlichen, vertrauenswürdigen Persönlichkeiten den Weg in die politische Verantwortung ebnen. Für zahlreiche prominente Spitzenpolitiker, die wegen Korruptionsdelikten, Steuerhinterziehung oder Machtmißbrauch zu Haftstrafen verurteilt und für viele Jahre von der aktiven Politik suspendiert wurden, dürfte dies ein schwacher Trost sein.

### Korankanal für Privat-TV

Die für die derzeit um Lizenzen rangenden Anbieter privater Kabel-TV-Sender zuständige Regulierungsbehörde der Regierung hat im November angeordnet, daß in jedem Programmangebot mindestens ein Korankanal obligatorisch ist. Außerdem müssen mindestens zwei Kanäle des staatlichen Fernsehsenders PTV sowie das Programm des saudi-arabischen Senders Iqra in die Netze eingespeist werden. Bei Verstößen gegen diese Verfügung drohe der Entzug der Lizenz, warnte der Vorsitzende der Pakistan Telecommunication Authority (PTA), Mian Muhammad Javed, die privaten Programmanbieter. Zu den weiteren Auflagen gehört, daß die Kabelnetzbetreiber ihren Abonnenten über die vier erwähnten Pflichtprogramme hinaus mindestens weitere 24 Kanäle anbieten müssen. Um mit islamischen Moralvorstellungen nicht vereinbare, billig produzierte Programmangebote möglichst zu unterbinden, wurde der Videostandard VCR kurzerhand verboten. Anbietern, die versuchen sollten, ohne eine staatliche Lizenz auf den Markt zu drängen, drohte Javed mit drakonischen Strafen. Bislang hat PTA nach eigenen

Angaben landesweit rund 700 solcher Lizenzen an Interessenten ausgegeben.

### Leiter der Anti-Korruptionsbehörde unter Korruptionsverdacht

Der Generalsekretär der Pakistan People's Party (PPP), Jahangir Badar, hat am 28. Oktober im Auftrag seiner Partei gegen den Chef des berüchtigten National Accountability Bureau (NAB), Generalstaatsanwalt Farouk Adam, bei seiner eigenen Behörde Strafanzeige wegen Korruption, Amtsmißbrauch und Vetterwirtschaft erstattet. Entsprechendes "Beweismaterial" wurde den für die Ermittlungen zuständigen Untergebenen Adams zur Verfügung gestellt. Dem Leiter der für die Strafverfolgung von Korruptions- und Steuerdelikten zuständigen Sonderbehörde wird demnach die Unterschlagung bei Ermittlungen sichergestellter Gelder, die Einstellung mehrerer Verwandter in seiner Behörde und die Annahme von Bestechungsgeldern Tatverdächtiger in diversen Fällen vorgeworfen. Außerdem wird der NAB-Chef beschuldigt, aus politischer Befangenheit heraus einseitig und mit besonderer Härte gegen Spitzenpolitiker der PPP vorgegangen zu sein. Mit Spannung wird nun von Beobachtern verfolgt, ob die NAB-Beamten nun tatsächlich gegen ihren eigenen Chef ein Untersuchungsverfahren eröffnen.

Spott und Häme der gesamten politischen Klasse Pakistans dürfte Adam nach diesem schlagzeilenträchtigen Schachzug der PPP-Führung schon jetzt sicher sein. Denn die Liste seiner prominenten Opfer ist lang. So brüstete sich Adam noch am 12. Oktober, am Jahrestag des Militärputsches, mit der spektakulären Zwischenbilanz seiner Behörde, die Verurteilungen von zwei ehemaligen Premierministern (Benazir Bhutto und Nawaz Sharif), sieben früheren Ministerpräsidenten, sechs Bundesministern, fünf Senatoren und diversen Provinzministern ausweist. Hinzu kommen noch eine Reihe führender Geschäftsleute und Unternehmer, Spitzenbürokraten sowie einige Armeeeoffiziere. Insgesamt wurden nach Informationen des pakistanischen Nachrichtenmagazins 'Herald' in den vergangenen zwölf Monaten von den NAB-Ermittlern vor den hauseigenen Gerichten 173 Korruptionsprozesse eröffnet. In 43 Fällen wurde bereits ein Urteil gesprochen.

### AIDS auf dem Vormarsch

Allein in der dünnbesiedelten Provinz Balochistan sind in den vergangenen Monaten mindestens zwölf Menschen an Aids gestorben, darunter auch ein 19 Monate altes Kind. Dies geht aus einer

im November in der Provinzhauptstadt Quetta veröffentlichten Statistik des Provincial AIDS Prevention and Control Programme hervor. Weitere 136 Personen wurden demnach bei stichprobenartigen Untersuchungen HIV-positiv getestet. Die Dunkelziffer dürfte nach Einschätzung von Dr. Nadeem Samad Sheikh, einem Mitarbeiter des staatlichen Anti-AIDS-Programms, angesichts der konservativen kulturellen Rahmenbedingungen in der Region weitaus höher sein. Viele Patienten würden in die mit einem leistungsfähigeren Gesundheitswesen ausgestattete Nachbarprovinz Sindh abwandern, bevor sie von der Statistik erfaßt würden. Auch gebe es in der Bevölkerung große Vorbehalte gegenüber flächendeckenden Vorsorgeuntersuchungen, was die Erfassung der Krankheit erschwere und die Aussagekraft der vorliegenden Statistiken schmälere, gab der Mediziner gegenüber der Presse zu bedenken.

Bezogen auf ganz Pakistan sind derzeit rund 1.700 HIV-Patienten bekannt. An der Spitze der Statistik liegen die beiden bevölkerungsreichsten Provinzen Sindh (477 Fälle) und Punjab (391 Fälle), in den auch die großen Metropolen Karachi und Lahore mit ihrer besonderen Drogenproblematik liegen. Auffällig ist jedoch, daß auch die entlegenen Stammesgebiete im Grenzgebiet zu Afghanistan den besonders strengen Moralvorstellungen der dortigen Bevölkerung zum Trotz mit knapp 300 HIV-Fällen ganz vorne zu finden sind. Längst scheint der Aids-Virus nicht mehr auf bestimmte soziale Milieus begrenzt zu sein. Fachleute befürchten deshalb, daß die Seuche bald auch in Pakistan ähnlich erschreckende Ausmaße annehmen könnte, wie es in Indien bereits Realität ist.

### Fahnenflüchtige Minister verlassen Militärregierung

Mit dem Rücktritt von Medien- und Informationsminister Javed Jabbar am 14. Oktober - nur zwei Tage nach dem einjährigen Jubiläum der Machtübernahme durch die Militärs - erhöht sich die Zahl der Abgänge von führenden Repräsentanten des Regimes auf zwölf, darunter zehn Bundesminister und zwei Provinzgouverneure. Weitere drei Minister sollen nach Recherchen pakistanischer Printmedien ebenfalls mit Rücktrittsgedanken spielen.

Auslöser für die kollektive Fahnenflucht des Führungspersonals ist offenbar in den meisten Fällen massive Frustration über den massiven Einfluß der Militärspitze auf alle relevanten Politikfelder. Vor allem in den Provinzadministrationen scheinen die zentralistischen Ambitionen des Mus-

harrar-Regimes auf wachsenden Widerstand und Argwohn zu stoßen. Manche Beobachter prophezeien bereits angesichts der Ausmaße des Unmuts eine Art Paralyse der Bürokratie und einen die Machtgrundlagen der Militärdiktatur bedrohenden Autoritätsverlust.

Was allerdings den kaum freiwilligen Abgang des Medienfachmanns Jabbar betrifft, so dürfte allerdings eher massive Unzufriedenheit von Seiten Musharafs gegenüber den Leistungen seines Informationsministers die Ursache sein. Schon in der Vergangenheit äußerte sich der Diktator in der Öffentlichkeit kritisch gegenüber der Außendarstellung und Pressearbeit seiner Regierung. Auch der Informationsminister der punjabischen Provinzregierung mußte vor kurzem aus ähnlichen Gründen seinen Stuhl räumen.

### Neue Terrorwelle

Nach einem Dreivierteljahr relativer

Ruhe sorgte in den letzten drei Monaten eine neue Serie blutiger Bombenanschläge in fast allen großen Städten des Landes für Schlagzeilen. Der spektakulärste Vorfall ereignete sich am 19. September in Islamabad, wo ein Sprengsatz in einem belebten Gemüsebazar detonierte und 19 Menschen tötete. Rund 80 weitere Menschen wurden dabei verletzt, zehn davon schwer. Auch in der punjabischen Landeshauptstadt Lahore explodierte im September eine Bombe und tötete drei Menschen. Mehrere dutzend wurden verletzt. Ziel des Attentats war in diesem Fall eine Bushaltestelle. Am 14. November meldeten die Agenturen erneut Sprengstoffanschläge in Lahore. Diesmal explodierten gleich drei Bomben zeitgleich in verschiedenen Stadtvierteln. Eine vierte Bombe konnte noch rechtzeitig entschärft werden. Erste Ermittlungen ergaben, daß die Terroristen offenbar versucht hatten, die Stromversorgung der Millionenstadt

lahmzulegen. Denn die Sprengsätze detonierten allesamt in der Nähe entsprechender Einrichtungen.

Auch Quetta, die Provinzhauptstadt Balochistans, geriet am 27. September in das Fadenkreuz von Attentätern. Betroffen war hier die Umgebung des Bahnhofs. Als nach einer ersten Explosion Polizei und Sicherheitskräfte an den Tatort geeilt waren, explodierte kurz darauf in der Nähe eine weitere Bombe. Neben erheblichen Sachschäden gab es insgesamt zwei Verletzte zu beklagen.

Diktator Musharraf äußerte sich in den staatlichen Medien besorgt über die neue Terrorwelle. Als mögliche Täter machte der General "ausländische Geheimdienste" verantwortlich. Nach üblicher Sprachregelung kommt dies einer Beschuldigung Indiens gleich.

## Tagungsbericht:

# Nachhaltiges Ressourcenmanagement und Lebensqualität in Südasien

von Jürgen Clemens

*Zur internationalen Konferenz 'Sustainable Management of Natural and Human Resources for a better Quality of Life in South Asia' hatten nepalische und deutsche Wissenschaftler vom 14. bis 17. Oktober 2000 nach Kathmandu eingeladen.*

Diese Konferenz, mit breiter Beteiligung insbesondere von deutscher und nepalischer Seite, war die erste Gemeinschaftsveranstaltung eines erst kurz zuvor unterzeichneten Kooperationsabkommens zwischen dem 'Centre for Nepal and Asian Studies' (CNAS) der 'Tribhuvan University' in Kathmandu und dem Geographischen Institut der Universität Mainz.

Dem Rahmenthema entsprechend deckte die thematische Breite der Vorträge ein weites Feld von Fachdisziplinen sowie von wissenschaftlichen und anwendungsorientierten Projekten ab. Thematisch waren insbesondere Vorträge zu natur- und ingenieurwissenschaftlichen Aspekten, zum Ressourcenmanagement ländlicher Gruppen sowie zu Tourismus und Arbeitsmigration besonders stark gewichtet. Hierbei reichte das Spektrum der Beiträge von klima-historischen Analysen zum Niederschlagsregime Indiens über solche zu den Mineralressourcen Nepals und Pilotprojekten des 'Bio-Engineering' im Straßenbau bis hin zu ingenieur-geologischen Ausblicken zu Potentialen für Tunnelbauprojekte in Nepal.

Unter dem Begriff des Ressourcenmanagements wurden insbesondere Themen der Landnutzung sowie Fragen des Wassermanagements aufgegriffen und aktuelle Forschungsarbeiten vorgestellt. Hierbei waren unter anderem die Wald- und Weidenutzung mit ihren rechtlichen Rahmenbedingungen und Konfliktpotentialen hinsichtlich von Naturschutzmaßnahmen für deren nachhaltige Nutzung von besonderer Bedeutung.

Daneben galt ein weiterer Schwerpunkt der eher kleinräumigen Erfassung und entsprechenden Managementstrategien der Wassernutzung. Aus rein sozialwissenschaftlicher Perspektive stellten mehrere Beiträge die Arbeitsmärkte Ne-

pals und die regionale bis internationale Arbeitsmigration einschließlich ihrer lokalen Auswirkungen vor.

Insgesamt überwogen Beiträge zu wissenschaftlichen Fallstudien. Von Seiten internationaler und bilateraler Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit nahmen nur wenige Vertreter mit Diskussionsbeiträgen oder gar eigenen Vorträgen teil. In Einzelfällen zeigten einige Arbeitsgruppen jedoch auch Ansätze zur direkten Partizipation der lokalen Bevölkerung und zu Lösungen drängender lokaler Probleme auf.

Rund dreiviertel aller Vorträge waren auf Themen zu Nepal konzentriert, womöglich aufgrund des Veranstaltungsortes und der jahrzehntelangen Forschungstradition insbesondere deutscher Forschungseinrichtungen. Diese auf Nepal ausgerichteten Beiträge wurden oft intensiv und auch kontrovers diskutiert, insbesondere wenn "heiße Themen" wie der Bau von Staudämmen oder Straßen zur Sprache kamen. Demgegenüber hielt sich der Austausch auf subkontinentaler Ebene aufgrund der wenigen Teilnehmer aus Indien, Pakistan und Bangladesh in vergleichsweise engen Grenzen.

Auch die Aspekte zur Verbesserung der Lebensqualität kamen eher zu kurz, da nur wenige Vorträge über Ansätze zu konkreten Handlungsempfehlungen hinausgingen und nur wenige Beiträge aus der Arbeit einzelner Entwicklungs- und Kooperationsvorhaben berichteten.

Diese vom 'Deutschen Akademischen Austauschdienst' (DAAD) und der österreichischen Nichtregierungsorganisation 'Eco-Himal' unterstützte und finanzierte Konferenz vermochte es aber, die Breite und Komplexität nachhaltiger Entwicklung und ihrer verschiedenen Facetten herauszuarbeiten. Konkrete Handlungsempfehlungen wurden allerdings nur selten genannt, so daß zum Themenkomplex Verbesserung der Lebensbedingungen der weiter zunehmenden Bevölkerung Südasiens weitere Konferenzen und ein vertiefter Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Entwicklungspraxis notwendig sind.